

Dr. WOLFGANG WEICHEL, Berlin

Der Deutsche Friedensplan wird verwirklicht werden

In Deutschland stehen sich heute zwei Kräfte gegenüber, die für die Lösung der deutschen Frage ein ebenso klares wie gegensätzliches Programm besitzen. Auf der einen Seite stehen die von der deutschen Arbeiterklasse geführten friedliebenden und demokratischen Kräfte des Volkes, deren Reihen über die Bauernschaft, die Intelligenz und den Mittelstand bis hinein ins deutsche Bürgertum reichen. Sie besitzen eine klare Vorstellung über den Weg zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in Deutschland, zur friedlichen Lösung aller Probleme und sind fest entschlossen, keinen Krieg in Deutschland zuzulassen, der unvermeidlich die Entfesselung eines atomaren Weltkrieges bedeuten würde. Auf der anderen Seite stehen die noch immer gefährlichen Kräfte des westdeutschen Militarismus und Imperialismus, die das deutsche Volk und die Völker Europas bereits zweimal in 50 Jahren in das Inferno eines mörderischen Krieges stürzten. Sie versuchen mit allen Mitteln der Propaganda und des Terrors, der Fälschung und Erpressung, mit heuchlerischen Friedensbeteuerungen und offenen Aggressionsforderungen, die Bevölkerung Westdeutschlands zum dritten Male vor ihren Kriegskarren zu spannen und ihre Konzeption von der gewaltsamen Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges durch einen neuen, einen Atomkrieg durchzusetzen.

Dem Weg des deutschen Volkes in eine friedliche und blühende Zukunft, der unter Führung der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik begonnen wurde, steht die mörderische Konzeption der blutigen Vernichtung der deutschen Nation durch den westdeutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber. Dieser hat, durch die gesetzmäßigen Niederlagen in zwei Weltkriegen und das Wachstum der Kräfte des Fortschritts in die Enge getrieben, jedes Einschätzungsvermögen verloren und ist bereit, das „letzte Risiko“ auf sich zu nehmen, d. h. die gesamte Nation in seinen eigenen, ohnehin unvermeidlichen Untergang hineinzuziehen.¹ Die außenpolitische Grundsatzerklä-

rung der CDU vom 11. Juli 1961² läßt in Verbindung mit dem hysterischen Auswurf von Strauß, daß der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei³, und der unmißverständlichen Erklärung des Vizepräsidenten des Bonner Bundestages, Jaeger, daß der Bundesrepublik „östliche Grenze an der Elbe provisorisch ist“⁴, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Lebensfrage der deutschen Nation besteht darin, diese Kräfte in die Zwangsjacke zu stecken und von ihren politischen Machtpositionen zu entfernen, um den verbrecherischen Anschlag gegen das Leben des deutschen Volkes und seiner Nachbarn zu verhindern und den Frieden zu sichern.

Der Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges in Westdeutschland ist keine neue Erscheinung der deutschen Geschichte. Die erbitterte Auseinandersetzung, die sich über die Frage „Krieg oder Frieden?“ heute in Deutschland vollzieht, ist nichts anderes als die letzte Phase des historischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen patriotischen und friedliebenden Kräften gegen die imperialistischen Unterdrücker des deutschen Volkes, die in dem Jahrhundert ihrer Herrschaft auf dem Rücken des Volkes ihr Paradies errichteten und um ihres Reichtums willen das Volk von Krieg zu Krieg hetzten.

„Wann eigentlich“, so fragte Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer am 6. Juli 1961 zur Begründung des Deutschen Friedensplanes, „hätte Hitler unschädlich gemacht werden müssen, um dem deutschen Volk die Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu ersparen?“ Und seine Antwort: „Natürlich so früh als möglich, auf jeden Fall, bevor er in der Lage war, zum Sprung an die Kehle anderer Länder anzusetzen.“⁵

Volk zu vertreten.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Dezember 1959.)

Brandt schrieb in seinem Brief an Kennedy im Zusammenhang mit dem 13. August 1961, daß „uns allen das Risiko letzter Entschlossenheit nicht erspart bleiben“ wird (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 1961).

² Süddeutsche Zeitung vom 12. Juli 1961.

³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1961, Nr. 136, S. 1325.

⁴ Süddeutsche Zeitung vom 21./22. Januar 1961.

⁵ Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1961, Nr. 13, S. 21.

¹ Strauß erklärte im Dezember 1959 vor dem NATO-Rat hinsichtlich der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr: „Wir sind trotz der dichten Besiedelung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militärgeographischen Lage bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Kritiken vor unserem eigenen